bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 23 | 11. November 2006

Rechte Szene 2

Verrat an der Ideologie
In der norddeutschen Neonaziszene gibt es Streit wegen der „ausländischen Funktionäre".

Die Konsequenzen ziehen
Einen Monat vor dem REP-Bundesparteitag verschärft sich der interne Richtungsstreit.

Virtueller Angriff
Mit Bits und Bytes gegen Nazigegner.

Feiern im „Gütershop"
Im Raum Düren und Aachen organisiert die braune Szene zunehmend Konzerte und Veranstaltungen.

Ungeschminktes Treiben
Wegen eines Live-Konzertmitschnitts befürchten die Beteiligten strafrechtliche Ermittlungen.

Ausland 5

„Korrupte politische Mafia"
Zustimmung für bulgarischen Rechtspopulisten.

„Tausendjährige Grenzen"
Die ungarische Rechte macht mobil – zahlreiche Gruppierungen waren auch an den Protesten gegen die Regierung beteiligt.

Neue ideologische Signale
Jean Marie Le Pen äußert Verständnis für korsische Terroristen und vereinnahmt gar die französische Revolution von 1789 für seine politische Botschaft.

Grauzone 8

Getarnte Heilsbringer
Unter dem Vorwand, die Interessen von GEZ-Gebührenzahlern zu vertreten, versammelt sich ein obskurer Kreis von Antisemiten, Revisionisten und Verschwörungstheoretikern.

Seitenblick 9

Braune Flecken
Auch die DDR hat NS-Täter in ihre Dienste genommen.

Rezension 10

Verdrängte Vergangenheit
Der Historiker Hans-Jürgen Döscher über die NS-Kontinuität im Auswärtigen Amt.

Meldungen 11

Rechte Szene

Verrat an der Ideologie

In der norddeutschen Neonaziszene gibt es Streit wegen der „ausländischen Funktionäre“.

Sie marschierten für die NPD in Hamburg und Göttingen mit. Sie bauen die NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten in Bremen auf. In ihrer Wohnung in Gröpelingen finden zudem Szenetreffen statt. Doch Gabriela und Louisa Yardim sind nicht bei allen Kameraden von der NPD und den „Freien Kameradschaften“ (FK) beliebt. Der Nachname deutet das Problem für einige Neonazis an: Klingt er doch wenig deutsch. Zu einem Aufmarsch in der Hansestadt zogen so denn auch einige NPD- und FK-Strukturen ihre Unterstützung zurück.

Am 4. November dieses Jahres marschierte der NPD-Landesverband um Horst Görmann in dem Stadtteil Walle auf. Motto: „Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze. Kein Geld für fremde Interessen“. Den Marsch unterstützte der FK-Anführer Christian Worch frühzeitig. Seit Monaten bemüht sich der Verband mit seinen rund 100 Mitgliedern, den „Schwung durch die Wahlerfolge“ zu nutzen. Wirkten die Neonazis in der Vergangenheit eher im Verborgenen oder waren „fast nur jenseits der Landesgrenze aktiv“, wie es der Verfassungsschutzchef Walter Wilhelm sagte, treten sie nun längst in der Öffentlichkeit auf. Infotische werden ausgerichtet, Flugblätter verteilt. Der Aufmarsch war als Teil des neuen Auftretens lange angekündigt.

Dem Ruf Görmanns und Worchs folgten aber nur wenige Kameraden. Über 200 Teilnehmer wurden am Bahnhof erwartet. An dem Nachmittag kamen aber, laut Polizei, anfänglich erst 70 Personen, später knapp 120 Teilnehmer – unter ihnen der niedersächsische NPD-Landesvize Adolf Dammann und NPD-Ordnerchef Manfred Börm. Knapp eine Woche zuvor hatten die „Freien Nationalisten Vechta“ wissen lassen: „Die Demonstration der NPD-Bremen wird von unserer Seite nicht mehr unterstützt.“ Denn „in den Reihen“ sind „ausländische Funktionäre. Dieses können wir nicht tolerieren“. Der Vorsitzende der NPD-Vechta, Christian Fischer, schloss sich an, da diese „Missstände“ nicht hinnehmbar seien: Es könne nicht sein, dass die „eigene Ideologie“ verraten würde.

Auch die JN-Niedersachsen um Daniel Fürstenberg verweigerten sich. Vom 3. bis 5. Oktober veranstalteten die NPD und JN Verden in dem Neonazizentrum „Heisenhof“ ein Aktionswochenende – Thema: Gesunde Ernährung. Das starke Engagement der weiblichen Kader mindert kaum die interne Kritik. Mutter Gabriela Yardim, die mit einen türkischen Mann verheiratet war, aus dessen Beziehung die Tochter Louisa stammt, richtete die Infostände aus. Beide Frauen kamen ebenfalls zu Aktionen in Verden und Stade. Sie sollen, laut Szenegerüchten, auch die Kontakte zu den türkisch-rechtsextremen „Grauen Wölfen“ unterhalten. Die Kritiker scheint das nun noch mehr zu stören.

Beim Marsch in Bremen wurden Mutter und Tochter aber nicht geschnitten. Gabriela Yardim hielt gar das Führungstransparent. Die Stimmung war aber sicher nicht alleine wegen der fehlenden Kameraden gedrückt, wie jene NPD-Freunde aus der Bremer Hooligan- und Rechtsrockszene. Über 7 000 Demonstranten hatten sich seit dem Vormittag gegen die Neonazis auf die Straße gestellt. „Kehr marsch“ musste die Polizei nach kaum 500 Metern anweisen. Keine Straße um den Bahnhof, wo keine Demonstranten standen. Eine Polizeisperre hatte die Demonstranten am Vormittag durchbrochen, so dass sie am Nachmittag auf der Route der Neonazis warteten. Verärgert schimpfte NPD-Landeschef Görmann über den Innensenator, der „linke Gewalt erst möglich mache“. Christian Worch klagte über die Polizei, die so verweichlicht wäre, dass sie die „Chaoten“ nicht von ihrer Route bekämen. „Politischer Wille“ merkte ebenso der FK-Kader Alexander Hohensee an. Der NPD-Funktionär Hans-Gerd Wiechmann drohte mal wieder „Auge um Auge“.

Im „Wikinger-Forum“ beschwerte sich Worch später über die mangelnde Unterstützung. Die Kritik an den Yardims sei nur vorgeschoben, meinte er, ohne andere Gründe anzuführen. Der Bremer NPD-Landesverband selbst sieht alleine die Polizei als ursächlich an: „Etwa 30 bis 40 Personen“ hätten die Beamten „an der Teilnahme gehindert“. Ein Ermittlungsausschuss sei gebildet. Die NPD versprach sogleich: „Wir kommen wieder!“

Andreas Speit

Die Konsequenzen ziehen

Einen Monat vor dem REP-Bundesparteitag verschärft sich der interne Richtungsstreit.

Aktueller Anlass ist die Auseinandersetzung über die NPD-Demo in Bremen am 4. November. Der Bremer Landesverband der Republikaner hatte angekündigt, sich an den Protesten gegen den NPD-Aufmarsch zu beteiligen. „Wir als deutsche Patrioten wollen nicht jenen die Straße überlassen, deren Vorbilder unser Vaterland bereits 1933 – 1945 an den Abgrund geführt haben", wird der Landeschef Peter Pricelius in einer Pressemitteilung zitiert. Rechtsaußen erhob sich ein Sturm der Entrüstung angesichts der Aussicht, dass Republikaner gemeinsam mit „Linksradikalen" gegen die NPD auf die Straße gehen könnten. Zwar sagten die REP ihre Teilnahme am Vorabend der Demo ab – angeblich wegen des „angekündigten Auftretens gewaltbereiter linksextremer Kräfte sowie der Einschätzung der Polizei, 2 300 Polizisten seien nicht ausreichend, um die Sicherheit zu gewährleisten" –, doch der Zoff innerhalb der Partei war nicht mehr zu verhindern. Zumal sich auch die Bundesvize Ursula Winkelsett hinter den Demoaufruf ihrer Bremer Parteifreunde gestellt hatte: Ihre Partei stehe „anders als die NPD auf dem Boden des Grundgesetzes". Im Demonstrationszug werde man sogar „einen eigenen Block bilden", hatte sie vollmundig angekündigt.

Spätestens damit waren die Gegner der Parteiführung rund um den Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer und seiner geschäftsführenden Stellvertreterin Winkelsett auf den Plan gerufen. „Eine patriotische Partei hört auf, ein ernst zu nehmender politischer Faktor zu sein, wenn sie in ihrem Auftreten nur noch darauf bedacht ist, gutmenschenhaft dem Verfassungsschutz zu gefallen", erklärte der Berliner Landesvorsitzende Peter Warnst, der als Sprachrohr des wichtigsten Schlierer/Winkelsett-Opponenten Rolf Clemens gelten darf. Der Aufruf des Bremer Landesverbandes und die Stellungnahme Winkelsetts würden „nicht auf den programmatischen Grundsätzen der Republikaner beruhen" und seien „nicht repräsentativ für die Gesamtpartei". Der Parteitag werde „die nötigen Konsequenzen zu ziehen haben – in jeglicher Hinsicht!"

Tomas Sager

Virtueller Angriff

Mit Bits und Bytes gegen Nazigegner.

Seit Jahren mobilisieren rechtsextreme Kreise aus ganz Deutschland Mitte November zum Soldatenfriedhof nach Halbe, um die Wehrmacht zu verherrlichen. Ein breites Bündnis demokratischer Kräfte engagiert sich ebenfalls seit Jahren gegen die Aufmärsche. Dieses Mal wollen Neonazis auch im Internet demonstrieren. Unter dem Motto „Mit Bits und Bytes gegen die Diktatur der Heuchler" rufen „Freie Netzkräfte" dazu auf, am 18. November parallel zum Heldengedenken in Halbe die Homepage der Gegendemonstranten zu blockieren. Die Webseite soll durch massenhaften Zugriff zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr erreichbar sein.

Auf der Homepage http://www.tag-der-demokraten.de/ wird nicht nur über den aktuellen Stand der Gegenmobilisierung informiert. Es werden auch Informationen über die verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen, die sich an der Verherrlichung der Wehrmacht beteiligen, zur Verfügung gestellt. Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung hat ein Glossar über die Grundlagen rechtsradikaler Ideologie zusammengestellt. Vor allem für junge Menschen bietet diese Seite eine gute Orientierungshilfe.

Für ihre Niederlage 2005 wollen die Rechtsextremisten offenbar Rache nehmen. In dem Aufruf heißt es: „Im vergangenen Jahr konnten die Heuchler von Recht und Freiheit unseren Gedenkmarsch blockieren, ihre bewaffneten Einheiten auf uns einschlagen und uns niedertreten, doch diesmal blockieren wir! Gegen unsere Netz-Demonstration helfen keine Gummiknüppel und keine Marionetten." Auch in diesem Jahr könnte den Rechtsextremisten der Aufmarsch verwehrt bleiben. Nach einer kürzlich von Brandenburg beschlossenen Änderung des Versammlungsgesetzes sollen Demonstrationen an Grabstätten generell verboten werden. So könnte der Aufruf zur virtuellen Demonstration ein rechtes Rückzugsgefecht sein. Ihr Ziel dürften sie trotzdem nicht erreichen. Wenn sich die Betreiber der angegriffenen Seite darauf vorbereiten, ist nach Meinung von Internet-Experten eine ernsthafte Beeinträchtigung durch viele Zugriffe eher unwahrscheinlich.

Peter Nowak

Feiern im „Gütershop“

Im Raum Düren und Aachen organisiert die braune Szene zunehmend Konzerte und Veranstaltungen.

Innerhalb der vergangenen 19 Monate hat die rechte Szene im Kreis Düren ihre Aktivitäten stark intensiviert. Die Kameradschaft Aachener Land (KAL) hat konspirativ mehrere Konzerte und Treffen im Raum Düren organisiert. Die im Februar 2006 neu formierte NPD-Ortsgruppe Düren um Ingo Haller aus Inden-Pier wird zwar noch vom NPD- Kreisverband Aachen betreut, will sich jedoch zum eigenständigen Kreisverband umwandeln. KAL und NPD verzeichnen im Raum Düren Zuwachs, besonders an jungen Mitgliedern und Mitläufern.

Die vorerst letzten Höhepunkte einer Veranstaltungsserie waren ein „Heldengedenken“ auf dem Soldatenfriedhof Vossenack und das dritte Konzert in der nahe dem Dürener Bahnhof gelegenen Gaststätte „Gütershop“. Das von KAL und NPD gemeinsam am 21. Oktober dieses Jahres organisierte „Erntedankfest“ besuchten rund 100 Neonazis. Hatten die Betreiber – deren Sohn der rechten Szene zugerechnet wird - anfangs noch behauptet, die Feste aus wirtschaftlichen Gründen zuzulassen, weckte der Wirt an jenem Samstag im T-Shirt mit der Aufschrift „Für ein Deutschland und Europa der freien Vaterländer“ erhebliche Zweifel an rein wirtschaftlichen Beweggründen.

Auch wenn der Namen anderes vermuten lässt – die KAL ist nicht nur im Kreis Aachen, sondern besonders auch im Großraum Düren aktiv. So organisierten KAL-Vertreter bislang ungestört Konzerte und Feste in Bergheim-Paffendorf (März und Mai 2005), in Mechernich-Kommern (Juli 2005) sowie in Düren (Oktober und Dezember 2005, April, September und Oktober 2006). Die Besucherzahlen lagen jeweils zwischen 60 und 100 Personen. Es traten unter anderem Liedermacher der Bands „Oidoxie“ (Dortmund) und „Zogsux“ (damals Aachen, nun Itzehoe), die „Balladensänger“ von „Frei & Stolz“ (Wilhelmshaven) sowie Jan (Leipzig) und Bangardt (Westfalen) auf. Auch spielten bereits die Bands „Linientroi“ (Niederrhein), „Legion of Thor“ (Berlin) und „Cherusker“ (Ruhrgebiet) auf. Die KAL veranstaltete zwei „Heldengedenken“ auf dem Soldatenfriedhof Vossenack im November 2005 sowie im Oktober 2006. Die NPD-Ortsgruppe Düren feierte im „Gütershop“ ein „Sommerfest“ mit 100 bis 130 Gästen aus ganz NRW (Juli 2006), darunter der NPD-Landesvize Claus Cremer.

Karsten (32) und Michael Büttgen, Mitbegründer der KAL und Mitorganisatoren verschiedener Konzerte, gehören dem „Saalschutz“ („Streetfighting Crew“) von „Oidoxie“ an. Gegen beide Dürener wird derzeit wegen Bedrohung ihrer Nachbarn und anderer Delikte ermittelt. Der unter anderem wegen Volksverhetzung und Beleidigung von Polizisten vorbestrafte „Kameradschaftsführer“ René Laube (26) lebt in Langerwehe, wo Neonazis im Umfeld einer Gesamtschule offen versuchten, Schüler anzuwerben. Neben seiner Rolle als KAL-Chef ist der bullige Skinhead auch stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Aachen um den Stolberger Ratsmann Willibert Kunkel (55). Kunkel leitet die NPD-Ortsgruppe Düren bislang noch kommissarisch. Laube ist Beisitzer im Vorstand dieser Ortsgruppe.

NPD und KAL arbeiten aufgrund personeller Überschneidungen „eng und intensiv“ zusammen, stellte der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz fest. Indes liegt die KAL mit Kunkel über Kreuz und lässt keine Gelegenheit aus, zu betonen, dass fast alle KAL-Leute nichts mehr mit dem bislang als einflussreichsten Rechtsextremisten der Region geltenden Stolberger zu tun haben wollen. Demgegenüber betonten KAL und NPD-Ortsgruppenchef Haller ihre gute Zusammenarbeit. Haller, Jahrgang 1972, organisierte mehrere KAL-Konzerte mit und veranstaltete Schulungsabende für „Kameraden“ sowie NPD-Infostände in Jülich und Düren.

Haller kündigte an, seine Ortgruppe werde schon bald in einen eigenständigen NPD-Kreisverband umgewandelt. Der Zeltrichtmeister, beschäftigt bei einem großen Veranstaltungsservice, gilt als Organisationstalent. Nachdem im Vorfeld des „Erntedankfestes“ Infos durchgesickert waren und erstmals Menschen gegen das Neonazitreffen protestierten, waren auf Hallers Geheiß hin mehrere „Kameraden“ und „Kameradinnen“ aktiv im Umfeld der Proteste. Sie fotografierten und filmten die Nazigegner. Haller und die KAL kündigten weitere Feste im Raum Düren an.

Michael Klarmann

Ungeschminktes Treiben

Wegen eines Live-Konzertmitschnitts befürchten die Beteiligten strafrechtliche Ermittlungen.

Wenn es einen Preis für die schlechteste Musik-DVD der Rechtsrockszene gäbe: „Greven Live 2006“, aufgenommen im Februar bei einem Konzert im Münsterland, hätte vermutlich gute Chancen. Technisch „hammerschlecht“ sei die DVD, wird in den einschlägigen Foren geklagt. Doch nicht nur die miserable Bild- und Tonqualität ist es, die für Unruhe in der Szene sorgt. Bands und Zuschauer fürchten polizeiliche Ermittlungen. „Nicht alle arme sind weggemacht und die fratzen von fast allen einschließlich der band’s sind dann bei den bullen an der wandzeitung“, klagt eine Autorin im Forum der Dortmunder Band „Oidoxie“. Nicht „weggemachte“ Arme bedeutet: Nicht an allen Stellen sind Personen, die den Arm zum Hitler-Gruß recken, unkenntlich gemacht worden. „Was folgt?“, fragt jene Schreiberin: „Die leute bekommen nen paragraphen an den hals und nen verfahren...“ Leichtsinnig sei es gewesen, den Mitschnitt nicht von einem Anwalt prüfen zu lassen, wird bedauert. Der hätte wohl auch die „Sieg Heil“-Rufe herausschneiden lassen und die Aufrufe der Bands zur Gewalt, wie den der Kasseler Gruppe HKL: „Macht sie platt, die linken Schweine!“

Das Entsetzen war auch bei den auftretenden Bands groß. Vor allem wohl bei „Oidoxie“-Frontmann Marko Gottschalk. Denn das Video erschien mit dem Hinweis, es sei von einer „Streetfighting Crew Productions“ produziert worden. „Street Fighting Crew“ nennt sich der engste Kreis der „Oidoxie“-Fans, zugleich die Schutztruppe der Band. Gottschalk: „Hiermit soll klargestellt werden dass sich die ‚Oidoxie Street Fighting Crew’ von diesem Video distanziert und mit diesem Video in keinster Weise etwas zu tun hat!!!“ Auch bei der Band „Cherusker“ macht man sich Sorgen: „Das Ding wird kaum den Leuten an die Karre pissen, die kurz darauf zu sehen sind, ... sondern in erster Linie den Gruppen, die dort spielen.“ Reumütig gab sich einer der Produzenten: „Wir sind selber sehr enttäuscht von der Qualität.“ Den Ärger ausräumen konnte er nicht: „Beim besten willen hättest du die Aufnahmen verbrannt so würde einigen Leuten ne Menge ärger erspart bleiben.“

Tomas Sager

Ausland

„Korrupte politische Mafia“

Zustimmung für bulgarischen Rechtspopulisten.

„Die Rückkehr des bulgarischen Nationalismus ist eine Tatsache“, proklamierte Wolen Siderow, Vorsitzender der Rechtsaußen-Partei Ataka (Attacke), nach der Bekanntgabe der offiziellen Endergebnisse der zweiten Runde der bulgarischen Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober. Mehr als 640 000 Menschen (24,07%) gaben dem Ex-Journalisten ihre Stimme, der als Herausforderer zwar deutlich gegen Amtsinhaber Georgi Parwanow unterlag, aber die Anfälligkeit des sozial gespaltenen osteuropäischen Landes gegenüber rechtspopulistischen Ideologien aufzeigte.

Die Wahlkampagne Siderows, ein bekennender Bewunderer von Front National- Chef Jean-Marie Le Pen, war von fremdenfeindlichen und ultranationalistischen Tönen geprägt. So versprach der 50-Jährige, die Ausstrahlung von Nachrichten in türkischer Sprache im staatlichen Fernsehen abzuschaffen und wiegelte seine Unterstützer auf Kundgebungen mit Tiraden über den „Terror krimineller Zigeuner“ auf. Beide Minderheiten repräsentieren zusammen rund 16 Prozent der bulgarischen Bevölkerung. Schon früher hatte Siderow mit der Äußerung für Empörung gesorgt, man sollte Seife aus den 600 000 Roma des Landes machen. Im Juni 2005 holte Ataka bei den Parlamentswahlen über 8 Prozent der Stimmen. Die Partei versteht sich als Stimme des einfachen Volkes und letzte Verteidigungsbastion der Werte des orthodoxen Christentums und der slawischen Identität des Landes. Der als Verschwörungstheoretiker bekannte Siderow ist selbst Autor mehrerer Bücher über eine angebliche „Jüdische Verschwörung“ gegen die christliche Bevölkerung Bulgariens. Mit einer zeitweise gemäßigten Rhetorik während des Wahlkampfes konnte Siderow auch außerhalb des ultra-rechten Spektrums Stimmen holen. Ataka lehnt die angestrebte EU-Mitgliedschaft ebenso ab wie die andauernde Beobachtung Bulgariens durch den Internationalen Währungsfond und präsentiert sich der Wählerschaft als patriotische Alternative zur „korrupten politischen Mafia“ der alten und neuen Regierung. Mit offensichtlichem Erfolg.

Michael Funk

„Tausendjährige Grenzen“

Die ungarische Rechte macht mobil – zahlreiche Gruppierungen waren auch an den Protesten gegen die Regierung beteiligt.

Bei Demonstrationen gegen die Regierung des Sozialisten Ferenc Gyurcsany in Ungarn kam es im September und Oktober zu schweren Ausschreitungen. Regierungsgegner, unter ihnen zahlreiche Rechtsextremisten, stürmten am 19. September das Gebäude des staatlichen Fernsehens MTV. Auch eine Gedenkstätte für russische Soldaten, die Budapest 1945 befreit hatten, wurde zerstört. Auf einer Sitzung der Parlamentsausschüsse für Nationale Sicherheit und Menschenrechte am 31. Oktober berichtete der sozialistische Kanzleramtsminister György Szilvasy, dass rechtsextreme Organisationen und Gruppen nach dem Sturm auf das Gebäude des Staatsfernsehens eine Art „Netz“ gespannt hätten. Dieses „Netz“ habe Kontakte zur großen oppositionellen rechtskonservativen Partei Fidesz (Ungarischer Bürgerverband) sowie bekannten Organisationen wie dem „Weltverband der Ungarn“ (MVSZ) und dem „Ungarischen Bauernverband“ (MAGOSZ).

Namentlich nannte Szilvasy, gestützt auf Geheimdienstinformationen, mehrere rechtsextreme Parteien und Gruppen; so die bis 2002 im Parlament vertretene Wahrheits- und Lebenspartei (MIEP), „Jobbik“ (Für ein besseres Ungarn), „64 Varmegye“, „Lelkiismeret 88“ (Gewissen) und das Interportal kuruc.info. Unter den rechtsextremen Demonstranten waren, so Pressemeldungen, auch Mitglieder der rechtsextremen Organisationen „Honfoglalas 2000“ (Landnahme) und „Magyar Nemzeti Arcvonal“ (Ungarische Nationale Front).

Zuletzt hatten sich ungarische Rechtsextremisten am 11. Februar dieses Jahres in Szene gesetzt. Rund 700 Alt- und Neonazis sowie Skinheads demonstrierten auf dem Budapester Heldenplatz. Mit der Kundgebung sollte an die „heldenhafte Verteidigung“ der ungarischen Hauptstadt im Februar 1945 gegen heranrückende sowjetische Truppen gedacht werden. Organisiert wurde der so genannte „Tag der Ehre“ von der „Naturwandergruppe von Blood&Honour Hungaria“ und der „Wolfsrudelgruppe von Vitez Jeno Ruszkay“. „Blood&Honour“ (Ver es Becsület) unter der Führung von Endre Janos Domokos wurde im Dezember 2004 verboten. Dennoch bestehen die Strukturen weiterhin.

An der Budapester Demonstration im Februar 2006 nahmen auch Mitglieder der NPD teil. Im Juni 2005 demonstrierten rund 5 000 Rechtsextremisten gegen die nach dem 1. Weltkrieg gezogenen Grenzen in Osteuropa. Durch den Friedensvertrag von Trianon 1920 verlor Ungarn zwei Drittel seines Territoriums. Jeder „wahre Ungar“, so Imre Kocsis, Anführer der erstmals im Juli 2002 öffentlich in Erscheinung getretenen „Lelkiismeret“, darf nie auf die Möglichkeit der Wiederherstellung der „tausendjährigen ungarischen Grenzen“ verzichten. Am 16. April 2005, dem ungarischen Holocaust-Gedenktag, demonstrierten 200 ungarische Neonazis vor der bundesdeutschen Botschaft in Budapest gegen die Inhaftierung des Holocaust-Leugners Ernst Zündel.

Ungarische Altnazis liefern immer wieder weltweite Schlagzeilen. Im September erhob das Simon-Wiesenthal-Center in Jerusalem schwere Vorwürfe gegen den in Budapest lebenden 92-jährigen Sandor Kepiro. Informationen des Wiesenthal-Centers zufolge soll Kepiro 1942 als Polizist am Massaker der mit dem Nazi-Regime verbündeten Ungarn im serbischen Novi Sad beteiligt gewesen sein. Damals wurden mehr als 4 000 unbewaffnete Zivilisten ermordet, darunter 1 250 Juden. Auch soll Kepiro, der nach dem Krieg in Argentinien lebte, 1944 an der Deportation aus der serbischen Vojvodina in NS-Konzentrationslager mitgewirkt haben. 1944 hatte die ungarische Gendamerie binnen weniger Wochen den Großteil der jüdischen Bevölkerung ghettoisiert und deportiert.

Im vergangenen Sommer starb der 90-jährige NS-Kriegsverbrecher Lajos Polgar in Australien. Das Wiesenthal-Institut hatte den gebürtigen Ungarn im Vorjahr in Melbourne entdeckt. Polgar war einst Jugendführer der Pfeilkreuzler-Partei, einer „fünften Kolonne“ des Dritten Reiches, sowie Sekretär des wegen Kriegsverbrechen später hingerichteten Jozsef Gera. Auf das Konto der Pfeilkreuzler-Partei, die am 15. Oktober 1944 unter der Führung von Ferenc Szalasi die Macht an sich gerissen und bis März 1945 das Land terrorisiert hatte, geht der Massenmord an 50 000 Juden. Dem Holocaust in Ungarn sind nach Angaben des Washingtoner Holocaust-Museums ingesamt rund 500 000 Menschen zum Opfer gefallen.

Anton Maegerle

Neue ideologische Signale

Jean Marie Le Pen äußert Verständnis für korsische Terroristen und vereinnahmt gar die französische Revolution von 1789 für seine politische Botschaft.

Am 22. April und 6. Mai 2007 finden in Frankreich die nächsten Präsidentschaftswahlen statt. Jean Marie Le Pen will im Alter von fast 79 Jahren nochmal antreten, derzeit werden ihm rund 15 Prozent der Stimmen prognostiziert, wobei die Tendenz im Moment eher nach oben zeigt. Le Pen hat seinen Wahlkampf bereits eröffnet. Wie üblich tat der Chef des rechtsextremen Front National (FN) dies an einem symbolträchtigen Ort. In diesem Jahr allerdings sorgte die Ortswahl beziehungsweise das damit verbundene Symbol für einiges Zähneknirschen unter den Kadern des FN. Es war die Tochter des Parteichefs, Marine Le Pen – um „Modernisierung" der Partei bemüht – die dafür dafür plädiert hatte, ein Symbol der angeblichen Republiktreue zu setzen. Daher fiel die Wahl auf das ostfranzösische Valmy.

Dort hatte am 20. September 1792 die französische Armee ihren ersten Sieg gegen die Monarchien Europas – angetreten, um der Revolution in Frankreich ein Ende zu setzen – erzielt. Am Tag nach der Schlacht wurde der König abgesetzt und die Republik ausgerufen. Deshalb war „Valmy" bei der extremen Rechten nicht populär, denn die Chiffre „1789" war für die Aktivisten negativ besetzt. In der Partei gab es offene und passive Widerstände gegen den Gang nach Valmy.

Le Pen versuchte daher in seiner Ansprache eine ideologische „Synthese" zusammenzubrauen, die allen unterschiedlichen Sichtweisen innerhalb der extremen Rechten etwas bieten soll: Er führte unter anderem aus: „Von Gergovia (Anm.: Schlacht der Gallier gegen die Römer im 1. Jahrhundert v. Chr.) über die Kapetianer (Anm.: die Frankreich über Jahrhunderte hinweg regierende Dynastie, die 1792/93 endgültig gestürzt wurde) und die napoléonische Heldensaga bis zur Résistance: Ich nehme alles. Ja, alles. Weit davon entfernt, die unterschiedlichen Epochen in Gegensatz zueinander zu stellen ..." Damit rückte er eine Vision in den Mittelpunkt, die die Kontinuität des Staates und „der Nation" als Absolutes herausstellt und die Revolution von 1789 – die dadurch jeglichen politischen Inhalts beraubt wird – irgendwo in der Mitte dieser langen Kontinuitätskette einreiht.

Viel beachtet war auch der Korsika-Besuch des FN-Chefs. Auch dabei setzte er zum Teil neue ideologische Signale.

Am 2. Oktober 2006 begann in Paris der Prozess gegen 12 junge Männer aus Korsika im Alter von 19 bis 31 Jahren Sie hatten eine bis dahin unbekannte terroristische Gruppe namens „Clandestini Corsi" gebildet. Sie nahmen ausschließlich Angehörige der maghrebinischstämmigen Minderheit auf der Insel ins Visier. Von März bis November 2004 verübten sie Bombenanschläge auf Wohnhäuser, auf das marokkanische Konsulat und eine marokkanische Bank.

Am 7. Oktober richtete Le Pen von Korsika aus, wo er eine Versammlung mit Parteigängern abhielt, „einen Appell an die Richter, die über die jungen Clandestini Corsi zu urteilen haben". Ihnen gegenüber ersuchte er um Milde für ihre Taten. Diese habe man „mit Rassismus gleichgesetzt, während es sich nur um eine Reaktion aus Verzweiflung handelte (...) von jungen Leuten, die sich weigern, ihre Kultur verschwinden zu sehen.", appellierte der FN-Chef. In seiner Rede führte Le Pen aus: „Das (die Einwanderungspolitik) belegt auch das Misstrauen und sogar die Feindseligkeit der amtierenden Eliten gegenüber der korsischen Identität, wie übrigens gegenüber allen festgefügten Identitäten. (...) Seit langem spürt man an hoher Stelle den ungezähmten und instinktiven Widerstand der Insel gegen die herrschende Ideologie (...), jene, die die Traditionen, die Identitäten und Kulturen abschaffen will."

Anders als in der Vergangenheit hat Le Pen damit lokale oder regionale Identitätsbestrebungen nicht als bedrohlich für den Nationalstaat, als Separatismusgefahr dargestellt. Vielmehr begreift er beide als ineinander greifende und aufeinander aufbauende Elemente. Auch insofern lässt sich also ein Bemühen um ideologische Modernisie-rung feststellen, in diesem Falle im Sinne der Anregungen, die die intellektuelle Nouvelle Droite (Neue Rechte) in den 80er und 90er Jahren machte. Am 17. Oktober wurden die Mitglieder der „Clandestini Corsi" zu Haftstrafen zwischen zwei und sieben Jahren verurteilt.

Bernhard Schmid

Grauzone

Getarnte Heilsbringer

Unter dem Vorwand, die Interessen von GEZ-Gebührenzahlern zu vertreten, versammelt sich ein obskurer Kreis von Antisemiten, Revisionisten und Verschwörungstheoretikern.

Gut vorbereitet, aber nicht getarnt genug, haben sich kürzlich in Bad Zwischenahn Vertreter einer selbst ernannten Interimspartei Deutschland (IPD) getroffen. Unter dem Vorwand einer aufklärenden Veranstaltung über rechtliche Möglichkeiten wie das Aufsetzen einer Sammelklage gegen den Gebühreneinzug der öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten (GEZ) reservierte man sich in einer städtischen Begegnungsstätte einen Raum, kassierte Eintritt und bot Redner auf, die unverhohlen das Existenzrecht der Bundesrepublik Deutschland in Abrede stellten und über verteilte Flugblätter und entsprechende Bekundungen den Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 propagierten. In Tischgesprächen soll zudem der Holocaust geleugnet worden sein. In einem von Heino Janßen aus Zetel verantworteten Schreiben wird der verstorbene Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, als „Nazi-König“ tituliert, wobei Nazi für national-zionistisch steht.

Wach gerüttelte Zuhörer, die sich eigentlich für die GEZ-Praktiken interessierten, riefen die Polizei, die die Versammlung mit knapp 60 Besuchern meist älteren Jahrgangs auflöste. Offenbar besteht eine Verbindung mit im Internet international tätigen Aktivisten, deren deutsche Domain bereits von Amts wegen gesperrt wurde, die aber weiterhin über einen chilenischen Zugang zugänglich ist. Polizei, Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft ermitteln und gehen Hinweisen nach, ob eventuell auch der Ex-NPD-Anwalt und Holocaust-Leugner Horst Mahler mit den Aktivitäten von Bad Zwischenahn zu tun haben könnte.

Beantragt wurden die Räumlichkeiten von Elstrud Consoir aus Bad Zwischenahn, die im Ort eine Naturheilpraxis betreibt. Für die Veranstaltung wurde in Internetforen geworben, unter anderem von Jo Conrad aus Worpswede, einem Verschwörungstheoretiker, der sich umgibt mit Esoterik, heilsbringender Medizin, Spiritualität und Ufos. Da seine Ausführungen oft antisemitische Züge tragen, bewegt er sich auch im Dunstkreis von rechtsextremen Zirkeln. Der Verfassungsschutz in Thüringen warnte schon 2002 vor ihm. Conrad taucht neben anderen auch in einem neuen Magazin des NPD-Aktivisten Christian Deichen (Wolgast) auf. Ferner ist Jo Conrad mit dem antisemitischen Verschwörungsesoteriker Jan van Helsing alias Jan Udo Holey befreundet.

Als Referenten in Bad Zwischenahn wurden Edgar Ludowici sowie Stefan Andreas Görlitz angekündigt. Ludowici aus Großhansdorf bei Hamburg reist als Arzt und Rechtsanwalt durch die Lande, wobei diese Tätigkeiten zu bezweifeln sind. Anwaltlich legitimiert er sich mit einem angeblichen US-Diplom. Er trat als Rechtsbeistand bei einem Verfahren des Amtsgerichtes München wegen Steuerhinterziehung in Erscheinung. Ferner firmiert er gelegentlich als Betreiber der Akademie für klassische Homöopathie und ganzheitliche Heilmethoden. Görlitz ist ebenfalls ein medizinischer Scharlatan, der sich als Homo-Toxikologe bezeichnet. Er ist bereits rechtskräftig verurteilt wegen der unberechtigten Behandlung von Patienten (es wurden sogar Spritzen verabreicht) und wegen unrechtmäßig praktizierten Fußreflexzonenmassagen. Beide gelten als Vorstandsmitglieder der IPD, die angeblich zur nächsten Bundestagswahl antreten möchte. Eine Internetverbindung zur IPD macht offenbar auch Beziehungen zu Brigitte und Robert Schmalohr deutlich, die wiederum mit der in Großbritannien registrierten Firma eVisionTeam Ltd. zu tun haben und einen Kontakt in Salzhausen bei Lüneburg offerieren.

Die IPD-Aktivitäten von Bad Zwischenahn wiederum zeigen eine Verbindung auf zu Jürgen Michael Wenzel von der Justizopfer-Initiative Clausthal. Dieser Personenkreis Ewiggestriger scheut sich auch nicht, über die Schiene der so genannten kommissarischen Reichsregierung mit einem Interims-Reichsgericht und einer Interims-Oberreichsanwaltschaft führende Persönlichkeiten aus Justiz und Politik als „Täterkreis“ zu deklarieren. So wurde im Internet beispielsweise exemplarisch ein Tribunal über einen Kölner Amtsrichter erhoben.

Horst Freires

Seitenblick

Braune Flecken

Auch die DDR hat NS- Täter in ihre Dienste genommen.

Jahrzehntelang waren Juristen und Historiker in beiden deutschen Staaten und auch internationale Gremien auf eine nur behauptete und auf eine überprüfbare Zahl angewiesen. Die DDR sagte von ihrer Justiz, diese habe viel konsequenter und gezielter NS-Täter zur Verantwortung gezogen als die Justiz der BRD. Mehr als 12 000 rechtskräftigen Urteilen in der DDR stünden gerade mal 6 500 rechtskräftige Urteile in Westdeutschland gegenüber. Die westdeutsche Zahl konnte man überprüfen, die Angaben Ostberlins nicht. Viele haben sie angezweifelt. Diese Strafverfahren wurden in der DDR nämlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt.

Jetzt, mehr als eineinhalb Jahrzehnte nach der Wende, kommt langsam Licht in dieses Kapitel der DDR-Geschichte und es erweist sich als Desaster. Bis etwa 1950 sind im anderen Teil Deutschlands viele NS-Verfahren geführt und auch Täter verurteilt worden. Danach musste Ostberlin die UdSSR als Kontrolleur auch ihrer Justiz akzeptieren. Sie wurde zum Machtinstrument zuerst der Sowjets, später des Mielke-Ministeriums und seiner Stasi. Ein neues Buch vermittelt Einblicke in die Arbeit Ostberliner Staatsanwälte und Richter. Das Buch heißt „NS-Verbrecher und Staatssicherheit", Henry Leide ist der Verfasser. Was Leide herausgefunden hat, ist durch Quellen belegt und entlarvt die betroffenen Gerichte als abhängige Organe des Politbüros und der Stasi.

Grundsätzlich brauchte in der DDR ein mittelmäßig belasteter NS-Funktionär die Justiz nicht zu fürchten, wenn er dem neuen Staat nützlich war. Das musste nicht in der Stasi sein. Auch wichtige Wissenschaftler mit brauner Vergangenheit mussten nicht auf einer Anklagebank Platz nehmen, wenn sie dem Ansehen der DDR dienten.

Edmund Langer war ein solcher Fall. Einst Mitarbeiter der Gestapo-Außendienststelle Warschau, später Leiter mehrerer Grenzkommissariate in Polen, schließlich Mitglied eines Einsatzkommandos zur Bekämpfung von Partisanen in der Slowakei, trat er schon 1946 in die SED ein. Niemand fragte nach seiner Vergangenheit. Kurz darauf war er Chef der Grenzpolizei in Demmin. Dann durfte er Rechts- und Staatswissenschaften in Potsdam studieren und wurde 1961 Chef der Staatsanwaltschaft im Kreis Schwerin. 1970 kam seine braune Vergangenheit ans Licht – ob zufällig oder längst aktenkundig, schreibt Leide nicht. Im Februar 1974 verurteilte ihn das Bezirksgericht Potsdam wegen mehrfachen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe.

Ernst Grossmann hatte es in der NS-Zeit nur zum SS-Unterscharführer (Unteroffizier) gebracht. Dieser Dienstgrad störte nicht auf dem Weg ins Zentralkomitee der SED (ZK). Als seine SS-Vergangenheit bekannt wurde, musste er zwar den Platz im ZK räumen, in der Partei blieb er aber auf einem hohen Posten. Den Juristen Hermann Klenner hatte die DDR zu ihrem Menschenrechtsexperten benannt, obwohl er 1944 der NSDAP beigetreten war. Als er nun 1986 vor der UNO in New York für die DDR-Regierung eine Rede über Menschenrechte halten wollte, gab es Demonstrationen vor dem UN-Gebäude. Im Sitzungssaal verlas der Delegierte Israels Klenners NSDAP-Mitgliedsnummer. Daraufhin rief Ost-berlin seinen Vertreter ab.

Der wohl spektakulärste Fall dürfte der des Juristen Gerhard Pchalek sein. Er war von 1946 bis 1952 Generalstaatsanwalt des Landes Thüringen. Dann wechselte er zur Universität Jena auf den Lehrstuhl für Strafrecht. Im Frühling 1959 wurde er verhaftet und Anfang April des folgenden Jahres zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Er hatte nämlich als NS-Staatsanwalt an Sondergerichten in mindestens 20 Fällen die Todesstrafe beantragt und durchgesetzt. Das Bezirksgericht Gera bewertete das als Beihilfe zum Mord. Nach zwei Jahren wurde die zweite Hälfte der Strafe zur Bewährung ausgesetzt. 1964 trat Pchalek als Heinz Straube in den Dienst der Stasi in Jena und blieb dort bis zu seiner Pensionierung 1978. Ausgerechnet in Jena, wo er als Universitätslehrer doch bekannt gewesen sein durfte.

Der „Rechtsstaat" DDR war weder rechtsstaatlich noch gerecht. Er hat sich international gern damit gebrüstet, angeblich keine NS-Täter zu begnadigen, dabei hat er gerade sie in seinen Dienst genommen.

Heiner Lichtenstein

Rezension

Verdrängte Vergangenheit

Der Historiker Hans-Jürgen Döscher über die NS-Kontinuität im Auswärtigen Amt.

Die Aufregung war groß, als der frühere Außenminister Joschka Fischer dem 2004 gestorbenen Botschafter Franz Krapf wegen dessen NS-Vergangenheit das „ehrende Gedenken“ verweigerte. Galt das Auswärtige Amt (AA) doch lange als „Hort des Widerstands“ in der Zeit des Nationalsozialismus. Besonders dem Osnabrücker Historiker Hans-Jürgen Döscher ist es zu verdanken, dass die Legende von den aufrechten Diplomaten unter der Hakenkreuzfahne nicht weiter gesponnen werden konnte. Mit den Titeln „Das Auswärtige Amt im Dritten Reich“ (1987) und die „Verschworene Gemeinschaft“ (1995) legte er die beiden – mittlerweile vergriffenen – Standardwerke zum Thema vor. Nach dem Aufflackern des Streits um die Ehrung verstorbener Diplomaten mit Nazi-Vergangenheit meldete sich der NS-Experte mit einer aktualisierten Untersuchung zur „verdrängten Vergangenheit des Auswärtigen Amtes“ zu Wort.

Fischers Weigerung erscheint Döscher aus politischen Gründen richtig und angemessen, weil Krapf - wie viele seiner Kollegen - nicht nur Mitglied der NSDAP war, sondern auch dem Sicherheitsdienst der SS angehörte: „Niemand wurde gezwungen, der SS beizutreten, geschweige denn dem SD.“ Was sollen die Opfer des NS-Regimes und ihre Hinterbliebenen im In- und Ausland von ehrenden Nachrufen zugunsten deutscher Diplomaten halten, die einst verbrecherischen Organisationen angehörten und sich zu keiner Zeit öffentlich davon distanziert haben, fragt Döscher. Die Bundesrepublik Deutschland legitimiere sich aus der Überwindung und Negation des Nationalsozialismus, nicht aus seinen Traditionen.

Verstrickungen, Verbrechen oder doch „nur“ Mittäterschaft? Eine von Fischer eingesetzte internationale Historiker-Kommission sollte herausfinden, wie braun das Auswärtige Amt in der Nazi-Zeit war. Fakt ist, dass von zwölf führenden Mitarbeitern Ribbentrops – Hitlers in Nürnberg zum Tode verurteilter Außenminister – Anfang der 60er Jahre acht im Dienst von Adenauers Auswärtigem Amt standen. Nur fünf von 21 durch einen Anfang der 50er Jahre eingesetzten Untersuchungsausschuss überprüften Diplomaten hatten nicht mit den Nazis paktiert. Trotz dieses Ergebnisses forderte Bundeskanzler Konrad Adenauer am 22. Oktober 1952 unmissverständlich, „jetzt mit der Naziriecherei Schluss (zu) machen“. Dabei wusste er nur allzu genau, dass zahlreiche Diplomaten im Ausland wegen ihrer Kriegsverbrechen verurteilt worden, aber weiter für das AA tätig waren. „In Kenntnis ihrer politischen Vergangenheit hat sich Adenauer der Diplomaten bedient zur Durchsetzung seiner Direktiven“, erklärt Döscher. Der außenpolitisch unerfahrene Bundeskanzler habe das diplomatische Korps instrumentalisiert.

Die Tradition des Verdrängens oder bewussten Ignorierens der Nazi-Verstrickungen vieler der obersten Repräsentanten der Bundesrepublik im Ausland wurde lange gepflegt. Noch 1979 wurde das Auswärtige Amt in regierungsoffiziellen Publikationen als Stätte der Opposition gegen den Nationalsozialismus dargestellt, das „den Plänen der NS-Machthaber zähen, hinhaltenden Widerstand“ geleistet habe, „ohne jedoch das Schlimmste verhüten zu können“. Döscher ist Anerkennung dafür zu zollen, diese Geschichtsklitterung widerlegt zu haben. Der Historiker konnte nach jahrzehntelanger Recherchearbeit in Archiven sogar belegen, dass das AA tief in den Holocaust verstrickt war. „Die politische Durchsetzung und organisatorische Effizienz der euphemistisch ‘Endlösung’ genannten Vernichtung der Juden in West- und Südosteuropa beruhten vor allem auf der diplomatischen Vorbereitung, Mitwirkung und Abschirmung durch das Auswärtige Amt“, lautet sein Fazit.

Döscher kritisiert in seinem faktenreichen Buch, dass eine Historikerkommission die Rolle des Auswärtigen Amtes in der Nazi-Zeit und nach 1945 erst seit kurzem untersucht, obwohl Walter Scheel (FDP) 1970 eine nie erschienene „wissenschaftliche Geschichte“ der Einrichtung angekündigt hatte. Dabei sei die Forschungslage außerordentlich gut – das AA verfügt in seinen Archiven über sehr umfangreiche Aktenbestände. Doch die waren über Jahrzehnte im Giftschrank verschwunden.

Volker Stahl

Hans-Jürgen Döscher: Seilschaften. Die verdrängte Vergangenheit des Auswärtigen Amtes., Propyläen, Berlin, 2005, 448 Seiten, 22 Euro

Meldungen

Mahler geht in den Knast

Berlin – Horst Mahler, notorischer Holocaust-Leugner und hartnäckiger Antisemit, muss am 15. November eine 9-monatige Haftstrafe wegen Volksverhetzung in der Vollzugsanstalt Cottbus-Dissenchen antreten. Mahler hatte als Prozessvertreter der NPD im damaligen Verbotsverfahren gegen die Partei im Jahr 2002 folgende Passage verfasst: „Der Hass auf die Juden stellt sich als etwas ‘ganz Normales’ heraus. Ja, er ist geradezu das unträgliche Zeichen eines intakten spirituellen Immunsystems, also von geistiger Gesundheit – eine Gesundheit, die Juden – zu recht – fürchten.“ Daraufhin wurde Mahler vom Landgericht Berlin am 12. Januar 2005 zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten ohne Bewährung verurteilt. Seinen wahnhaften Antisemitismus verbreitet Mahler auch in seiner dieser Tage verfassten Programmschrift „Ehre! Wahrheit! Heimat!“ Darin schwadroniert Mahler von den „Kriegszielen des Deutschen Reiches im Kampf gegen Alljuda“: „Das Deutsche Volk ist zur Freiheit geboren. Nach dem Willen seiner Feinde soll es aus der Geschichte gehen – verderben. Es widersteht aber dem fremden Willen – dem Willen der Judenheit.“ Bis zu seinem Haftantritt ist Mahler über die „e-Postanschrift“ seiner Lebensgefährtin Sylvia Stolz erreichbar. Stolz leugnet wie Mahler den industriell betriebenen Holocaust an den Juden. (am)

Holocaust-Leugner verurteilt

Frankreich (Paris) – Der Holocaust- Leugner Robert Faurisson ist von einem Pariser Gericht zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten auf Bewährung und 7500 Euro Geldbuße verurteilt worden. Zu verantworten hatte er sich wegen Äußerungen im iranischen Fernsehsender „Sahar 1“ im Februar 2005. Dort hatte der 77-Jährige in einem Interview die Existenz von Gaskammern in deutschen Konzentrationslagern bestritten und als „Täuschung für Millionen von Touristen“ bezeichnet. Faurisson, der als Mentor des in Mannheim inhaftierten Ernst Zündel gilt und zwischen 1992 und 1998 bereits mehrfach wegen ähnlicher Äußerungen verurteilt wurde, zählt zu den einflussreichsten Vordenkern des internationalen Revisionismus. Seit Mitte der 1970-er hat der ehemalige Literaturprofessor zahlreiche Artikel im US-amerikanischen „Journal of Historical Review“ und den französischen „Annales d’histoire révisioniste“ publiziert. (mf)

Patriotentreff durchsucht

Waren – In Waren an der Müritz wird gegen den seit Ende der 90er Jahre existierenden "Zutts Patriotentreff" ermittelt. Auf der Suche nach Textilien mit volksverhetzenden Schriftzügen wurde der besagte Laden samt Privatgebäude von der Polizei durchsucht. Inhaberin Doris Zutt sitzt im NPD-Bundesvorstand und lebt im hessischen Ehringshausen. Ein ähnliches Geschäft hat sie dort aber inzwischen geschlossen. In Waren kandidierte sie 2001 zur Bürgermeisterwahl, erhielt aber lediglich 185 Stimmen. Die Geschäfte in Mecklenburg werden von ihrem Sohn Karsten Häußner abgewickelt. Häußner ist seit Sommer 2006 Mandatsträger für die NPD im Müritzer Kreistag. Beobachtungen zufolge hat der Zulauf für den „Patriotentreff“ stark nachgelassen. (hf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de